



Eine Studie über die Formen politischer Partizipation ohne Staatsbürgerschaft

Kommunen, Länder und Bund verwenden seit den 1970er Jahren neue institutionelle Plattformen für die Kooperation zwischen Politik und Verwaltung einerseits und Personen mit Migrationshintergrund andererseits. Oft kommen diese Arrangements zu Stande, um bestimmte Probleme oder Problemtypen gemeinsam zu lösen (Städtebau, Schule, Kriminalprävention, usw.). In Deutschland sind es in erster Linie staatliche oder kommunalpolitische Organisationsformen wie Ausländerbeiräte bzw. Integrationsräte, Integrationsausschüsse oder Jugendhilfeausschüsse. Aber wahrscheinlich hat sich ein recht breites Spektrum entwickelt. Ich arbeite an einem Forschungsprojekt, worin diese Formen näher betrachtet werden sollen.

In der jetzigen Phase versuche ich so viele Arrangements wie möglich zu beschreiben und aufzulisten. Für dieses Unterfangen bin ich auf die Hilfe von Experten und Praktikern angewiesen.

Vielleicht können die unterschiedlichen Organisationsformen geordnet werden. Für diesen Zweck habe ich (wie unten geschildert) eine Art von Einfluss-der-Migrantenvorteiler-Bandbreite aufgestellt. Auf der einen Seite ganz links gibt es Organisationsformen, worin Immigranten gar keinen Einfluss üben. Ihre "Funktion" ist es eher, "Objekt" der Steuerung durch Gesetze und Richtlinien zu sein. Auf der anderen Seite ganz rechts gibt es Organisationsformen, worin Immigranten formell den selben Einfluss üben wie einen staatlichen Entscheidungsträger auch. Da üben sie die Funktion des "gleichberechtigten Partners" aus. Dazwischen meine ich fünf andere mögliche Funktionen gefunden zu haben. "Informationsgeber" geben Infos ab aber haben keinen Einfluss darüber, wie sie verwendet werden. "Bittsteller" versuchen, Einfluss über die Verteilung von öffentlichen Dienstleistungen zu üben, aber stellen die staatlichen oder kommunalen Prioritäten nicht in Frage. "Mit-Hersteller" (oft Ehrenamtliche) werden manchmal von einer Kommune herangezogen, um an der Herstellung öffentlicher Güter wie die Sauberkeit von Parkanlagen mitzuwirken; aber die Kommune entscheidet nach wie vor, welche Güter und Dienstleistungen wo und wie hergestellt werden. "Gegner" stellen die Zielsetzung staatlicher Akteure in Frage aber bleiben Außenseiter, selbst wenn ihr Protest erfolgreich ist. "Entscheider mit beschränkter Haftung" sind Insider, da sie quasi im Auftrag des Staates über ein bestimmtes Gebiet gleichberechtigt entscheiden (in Schulvorständen z.B.) aber deren Einfluss vom Anfang an inhaltlich klar begrenzt ist.

Kein Einfluss

Viel Einfluss

